Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 74 (1994)
Heft: 3

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gespenstische Sozialdebatte

Ein Gespenst treibt sich in den Kulissen der politischen Bühne herum, verwirrt die Akteure und ängstigt das Publikum: der *Sozialabbau.* Kaum ein Tag vergeht – namentlich in Wahlzeiten – ohne rührselige Klage über die Demontage sozialer Errungenschaften, sei es bei konkreten Sparanstrengungen, sei es bei der Diskussion des weiteren Ausbaus der grossen kollektiven Werke wie AHV und Krankenversicherung, sei es ganz generell gegenüber Forderungen nach Deregulierung und Liberalisierung. Zwar kann und will niemand ernsthaft bestreiten, dass die Gemeinwesen aller Stufen aus dem finanziellen Gleichgewicht geraten sind und ihren Leistungsaufwand unter Kontrolle bringen müssen, was schmerzhafte Überprüfungen erfordert. Es ist auch kaum bestritten, dass die Defizite zumindest des Bundes nur zum Teil durch den Konjunktureinbruch verursacht wurden, sondern etwa zur Hälfte strukturell bedingt, also auf eine *systematische Überforderung* zurückzuführen sind. Die Hauptschwierigkeit einer kurzfristigen Sanierung besteht gerade darin, die überbordenden Ansprüche in einer ungünstigen Phase eindämmen zu müssen, in der Notlagen und Härtefälle sich häufen und die seinerzeit grosszügig konzipierte Hilfe der öffentlichen Hände tatsächlich benötigt wird.

Das einmal gespannte soziale Netz muss dieser Belastungsprobe *standhalten* können, selbst wenn seine Kosten nun ungeschminkt zutage treten. Das gilt etwa für die Arbeitslosenversicherung, die bei weitem nicht mehr wie ursprünglich vorgesehen durch die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden kann und die den Staatshaushalt im unpassendsten Moment zusätzlich belastet. Und das gilt in der Folge für die Fürsorge, die den Steuerzahler auf den unteren Ebenen in Pflicht nimmt. Niemand kann sich ernstlich dieser *sozialen Verantwortung* entziehen wollen, auch wenn dafür einige Steuerprozente umverteilt werden müssen.

Darin liegt letztlich auch das Hauptproblem unserer Sozialpolitik, dass sie ihren eigentlichen sozialen Zweck nicht mehr zweifelsfrei erfüllen kann.

Es hiesse jedoch den Kopf in den Sand stecken, wenn nun in der Ausgestaltung der sozialen Netze nicht die *Konsequenzen* bedacht und Korrekturen vorgenommen würden. Solange die Sozialausgaben in den öffentlichen Haushalten die höchsten Steigerungsraten aufweisen, ist es absurd, jede kritische Frage gleich als Ansatz zur sozialen Demontage zu denunzieren. Und jeder Erfahrung mit wuchernden Wachstumsmechanismen Hohn spricht die verbreitete Vorstellung, man müsse den Sozialbereich als Ganzes aus den notwendigen Sanierungs- und Redimensionierungsübungen ausklammern. *Politisch* ist freilich die offene Diskussion über Reformen im Sozialbereich gefährlich, weil fast jedermann in irgendeiner Form am sanften Sprühregen der vielen sozialstaatlichen Giesskannen teilhat.

Darin liegt letztlich auch das Hauptproblem unserer Sozialpolitik, dass sie durch allzu weite Ausfächerung und Übernutzung ihren eigentlichen *sozialen Zweck* nicht mehr zweifelsfrei erfüllen kann. Man hat es seinerzeit als Fortschritt betrachtet, dass anstelle von Almosen Rechtsansprüche gewährt wurden. Aber man hat damit auch die *Grenzen* zwischen sozialen, also gezielt umverteilten, und allgemein zugänglichen staatlichen Leistungen *verwischt.* Niemand sträubt sich gegen Vergünstigungen, die ganzen Bevölkerungsgruppen ausgerichtet werden. Wenn beispielsweise – wie in Zürich – Abonnemente für öffentliche Verkehrsmittel für alle Rentner stärker verbilligt werden als für Jugendliche, ist diese Giesskannensubvention auf demokratischem Weg kaum mehr rückgängig zu machen. Sozial ist diese Massnahme mit Sicherheit nicht, weil ungezielt – sie bindet im Gegenteil beträchtliche Mittel, die für tatsächlich soziale Zwecke nicht mehr zur Verfügung stehen.

Es wäre endlich zu wünschen, dass gerade in diesem Tabubereich mit *klarer definierten Begriffen* politisiert würde, dass zwischen den kollektiven Werken

der Vorsorge für die gesamte Bevölkerung und den eigentlichen sozialen Einrichtungen für unterstützungsbedürftige Minderheiten verschiedenster Art sauberer unterschieden und dass mit der Etikette «sozial» nicht mehr einfach sämtliche Besitzstände und Privilegien zu Lasten des Staatssäckels beklebt würden. Was heute mit grossem Aufwand unter dieser Etikette betrieben wird, ist ja zumeist nichts anderes als der *Griff in die eigene Tasche*. Die Sozialpolitik hätte vorab eine intellektuelle Renaissance nötig, denn mit vieldeutigen und missverständlichen Worthülsen lässt sich – wie die gespenstische Diskussion heute zeigt – unter den politischen Sozialpartnern *keine Verständigung* mehr erreichen. ✦

ULRICH PFISTER

EINE FREIHANDELSZONE ZWISCHEN DER EU UND DEM MAGHREB?

Nachdem in Nordamerika die Nordamerikanische Freihandelszone (Nafta) realisiert wird, sollte sich die Europäische Union (EU) aufraffen, mit dem Maghreb einen Vertrag auszuarbeiten.

In Washington wie in Brüssel haben sich seit geraumer Zeit die brennenden Fragen gestellt, wie auf der einen Seite der Flüchtlingsstrom aus dem Süden eingedämmt und auf der anderen der dortige Demokratisierungsprozess gefestigt werden könnte. Die USA haben mit der Nafta die Herausforderung angenommen, die EU zeigt sich weniger offen. Skeptiker mögen einen Vergleich für gewagt halten, aber wie die Zahlen in der Tabelle 1 zeigen, ist er durchaus legitim. Es wird deshalb im folgenden das Argument vertreten, dass die Europäische Union und im besonderen ihre südlichen Mitgliedstaaten – Frankreich, Italien, Portugal und Spanien – gefordert sind, an die alten Beziehungen eine neue Partnerschaft zu stellen, die mit Hilfe wirtschaftlicher Verflechtungen nicht nur den Flüchtlingsstrom, sondern auch die politische Lage im Maghreb zu stabilisieren vermag.

Natürlich hemmen althergebrachte Vorstellungen und Vorurteile auf beiden Seiten des Mittelmeers die Realisierung einer neuen Partnerschaft. Das Trauma der belastenden Kolonialzeit wirkte nachhaltig, und Pessimisten haben immer wieder auf die politische, soziale und wirtschaftliche Asymmetrie zwischen den beiden Partnern hingewiesen. Dass sich dieses Erbe als Hemmschuh erweisen könnte, scheint jedoch sehr unwahrscheinlich, denn wie in Mexiko dürfte eine Aufklärungskampagne die breite Bevölkerung im Maghreb ebenfalls integrationsfreudig stimmen. Tatsache bleibt auf jeden Fall, dass trotz der belasteten Vergangenheit erste hoffnungsvolle Annäherungsversuche stattgefunden haben.

Tabelle 1: Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen (1993)

Frankreich	$ 20 603	
Italien	18 576	
Portugal	5 626	
Spanien	12 461	Durchschnitt: $ 14 317
Algerien	$ 2 025	
Libyen	5 842	
Marokko	1 028	
Tunesien	1 468	Durchschnitt: $ 2591
Mexiko	$ 2 874	
USA	22 560	

Quelle: The Economist

Im Jahre 1989 wurde zum Beispiel die Arabische Maghreb Union (Uma) durch die Regierungen von Algerien, Libyen, Marokko, Mauretanien und Tunesien ins Leben gerufen, die schon recht früh den Kontakt mit den südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union suchen sollte. So kam es denn auch zu zahlreichen Ministertreffen, die schliesslich in die Bildung der sogenannten «5-plus-5»-Gruppe, bestehend aus den fünf Uma-Staaten plus Frankreich, Italien, Portugal, Spanien und Malta, mündeten. Es sah danach auch lange so aus, als würde sich diese Institution fest in der internationalen Diplomatie etablieren können, was auch als Grund gelten mag, wieso der damalige Aussenminister Italiens, *Gianni de Michelis*, der sich mit seinen ausgefallenen wie mutigen Ideen einen Namen geschaffen hatte, während der EU-Präsidentschaft Italiens in der zweiten Hälfte des Jahres 1990 den Vorschlag unterbreitete, eine «Mittelmeer-Organisation» im Stile einer «Mini-OECD» auf die Beine zu stellen.

Leider konnte sich diese innovative Idee de Michelis' nicht durchsetzen, denn durch den Golfkrieg sowie die politischen Unruhen in Algerien wurde seine Initiative von der Europäischen Union vorerst auf Eis gelegt. Hinzu kamen dann noch die Intra-Uma-Querelen, die dem Traum einer frühen Freihandelszone endgültig den Todesstoss versetzt haben.

Am EU-Treffen im Juni 1992 wurde die Idee eines Freihandelsabkommens jedoch wieder aufgegriffen. Die Regierungschefs der Europäischen Union zeigten grosses Interesse an der Bildung einer Freihandelszone, doch um nicht allzu grosse Hoffnungen zu schüren, sprachen sie sich vorerst nur für erste Gespräche mit Marokko aus. In Brüssel war dennoch davon die Rede, dass die Europäische Union bis zum Jahre 2000 eine Freihandelszone mit allen vier maghrebinischen Staaten ausgearbeitet haben könnte. Obwohl sich diese Vorstellung als allzu kühn entpuppt hat, war klar, dass einer engeren Wirtschaftsintegration mit dem Maghreb über kurz oder lang nichts mehr im Wege stehen würde. Sowohl das «5-plus-5»-Forum wie auch die Absichtserklärung von Lissabon aus dem Jahre 1992 haben nämlich gezeigt, dass die Richtung bereits vorgezeichnet ist.

Dass eine Institutionalisierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen auch wirklich ökonomischen Sinn macht, zeigen die Verflechtungen zwischen den maghrebinischen Ländern und den südlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. In der Tat haben die Europäer bis heute – ähnlich wie die Vereinigten Staaten in ihrem südlichen Nachbarn – Hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen in den vier nordafrikanischen Staaten geschaffen. So wurde zum Beispiel sehr viel Geld in die Textil- und Tourismusindustrie sowie in den Bau von Anlagen für die Zusammensetzung von elektronischen Komponenten – ähnlich den «Maquiladoras» entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze – investiert. Ausserdem haben die Europäer die Realisierung von Gas- und Ölpipelines unter dem Mittelmeer tatkräftig unterstützt. Sie erhoffen sich davon eine Verminderung ihrer Energieabhängigkeit von Russland; denn die unerfreulichen Erinnerungen an den Oktober 1992, als plötzlich aus heiterem Himmel vermeldet wurde, dass mehr als die Hälfte der Gaslieferungen aus Russland ausbleiben würde, sind präsent geblieben. Aus diesem Grunde hat sich denn auch die italienische Regierung entschlossen, vermehrt auf Algerien zu setzen. Im Moment importiert Italien etwa 30 Prozent seines Gas- und Ölverbrauchs aus Algerien, wobei dieser Anteil nochmals steigen wird, wenn die neue Mittelmeer-Pipeline im Jahre 1995 fertiggestellt sein wird. Auch Spanien hat kürzlich Interesse daran gezeigt, eine Gaspipeline über die Meerenge von Gibraltar zu bauen, um sich neue Energiequellen zu erschliessen. Es kommt deshalb nicht von ungefähr, dass die Europäische Union bei weitem den wichtigsten Handelspartner für den Maghreb darstellt. Algerien sowie Marokko wickeln zum Beispiel rund 60 Prozent ihres Aussenhandels mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ab (siehe Tabelle 2). Dass ein Abseitsstehen bei diesen Gegebenheiten jeglicher wirtschaftlicher Logik widerspricht, hat Brüssel leider bis dato kein bisschen beeindruckt.

Tabelle 2: Die wichtigsten Abnehmer für die Produkte aus Algerien und Marokko (1993), in Prozenten des Totals

Algerien		Marokko	
Italien	21,7 %	Frankreich	34,2 %
USA	16,8 %	Deutschland	9,5 %
Frankreich	15,1 %	Spanien	7,5 %
Deutschland	8,3 %	Italien	5,9 %
Spanien	7,6 %	Japan	5,3 %
Holland	5,8 %		

Quelle: The Economist

Die Jugendarbeitslosigkeit hat in Nordafrika schwindelerregende Ausmasse erreicht. Allein in Algerien soll mehr als ein Viertel der Bevölkerung ohne feste Arbeit sein. Hinzu kommt, dass der latente islamische Fundamentalismus geradezu darauf wartet, aus dieser Lage Profit zu schlagen. Diese prekäre Situation ist Brüssel sicher nicht verborgen geblieben, doch wurde sie von den politischen Umwälzungen in Osteuropa, welche die Aufmerksamkeit der Europäischen Union ganz auf sich gezogen haben, überschattet. Leider hat Brüssel bis heute aber keine Anstalten gemacht, dies in absehbarer Zeit zu ändern. Vor dem Hintergrund, dass eine Machtergreifung der Fundamentalisten eine Flüchtlingswelle in Millionenhöhe auslösen könnte und die ganze Mittelmeerregion in Aufruhr versetzen würde, ist nun die Zeit gekommen, dass die Europäische Union, ebenfalls wie die Vereinigten Staaten mit Mexiko, ihre Beziehungen zu ihren südlichen Nachbarn in der Form eines Freihandelsabkommens neu definiert. ✦

ADRIANO LUCATELLI

Adriano Lucatelli arbeitete nach der Wirtschaftsmatura für zwei Jahre als Devisenhändler bei einer Schweizer Grossbank. Nach seiner beruflichen Tätigkeit studierte er mit Hilfe des Max C. Fleischman Scholarship an der University of Nevada (USA), wo er 1991 in «Political Science» and «International Affairs» abschloss. Anschliessend vertiefte er seine Studien der Internationalen Beziehungen an der London School of Economics, von welcher er einen Master of Science (MS) erhielt. In Ergänzung zu seiner Ausbildung in London absolvierte er ein Praktikum bei Amnesty International. Seither ist er als Doktorand an der Universität Zürich eingeschrieben.

Tatsachenwandel und Wertekonstanz

Grundwerte, wie die Achtung vor dem Menschenleben, Treue, Ehrlichkeit und Fürsoge für Schwache, sind Bestandteile einer kulturellen Überlieferung, welche über Jahrhunderte als «harter Kern» einer Werteordnung durch den Tatsachenwandel zwar herausgefordert, aber nicht zerstört werden können.

Die Arbeitsteilung und die damit verknüpfte technische Zivilisation haben unsere Lebensbedingungen innert relativ kurzer Zeit stark verändert. Seit dem Anbruch der Neuzeit spielt der Wandel eine entscheidende Rolle. Er wird einerseits als Chance für eine Veränderung zum Besseren, für einen Fortschritt, ja für eine grundlegende Umwälzung erlebt. Andererseits berichtet das Volkslied von jenen Menschen, die *«so traulich beisammen sitzen»* und *«einander so lieb haben»*, dass sie sich Sorgen machen, weil es ja *«unter dem wechselnden Mond»* nicht *«immer so bleiben kann»* ... Die Sehnsucht nach dem Dauerhaften, Ewigen ist gerade in Zeiten starken Wandels besonders aktuell, und es ist kein Zufall, dass sich fortschrittliche und konservative Strömungen gleichzeitig entwickeln und der Gegensatz gelegentlich selbst innerhalb ein und derselben Person vorhanden ist. Konservative sind oft enttäuschte Progressive und Progressive enttäuschte Konservative. Dies ist vielleicht einer der Gründe, warum dieser Gegensatz auf der politischen Bühne häufig so erbittert ausgefochten wird: Man ahnt, dass die Gegenseite möglicherweise auch Recht haben könnte und muss um so kompromissloser für jene Option eintreten, die man sich selber abgerungen hat.

Möglicherweise sind neue Verhaltensweisen gesucht, um trotz gewandelten Tatsachen an bleibenden Werten festzuhalten.

Ralph Waldo Emerson hat das Verhältnis von Reform und Bewahrung folgendermassen charakterisiert: *«Reformer sind wir im Frühling und im Sommer; im Herbst und im Winter bleiben wir beim Alten; Reformer am Morgen, Bewahrer am Abend. Reform ist bejahend, Konservatismus verneinend; Konservatismus will Wohlergehen, Reform Wahrheit.»*

Seit den Anfängen der abendländischen Philosophie steht einem Weltbild, bei dem der Wandel das Entscheidende ist *(Heraklit: «Alles fliesst»)* ein Weltbild gegenüber, das die Unveränderlichkeit des Seins in den Mittelpunkt stellt (*Parmenides: «Das Sein, das stets als Ganzes ist und immer selber sich gleicht»*). Die philosophische Gegenüberstellung von Wandel und Dauer wird dadurch noch komplizierter, dass sie sowohl in bezug auf Tatsachen (im Sein) als auch in bezug auf Wertvorstellungen (im Sollen, im Bewusstsein) vorgenommen werden kann. Wie das Sein der Tatsachen, kann auch das Bewusstsein der Werte als dauerhaft oder wandelbar angesehen werden, und über die Frage ob, wie und inwiefern sich diese Bereiche einseitig oder wechselseitig als Konstante und Variable beeinflussen, scheiden sich die Geister der Materialisten, der Idealisten und der Dialektiker.

Der Bereich des Wissens kann vom Bereich des Glaubens getrennt werden, und dies erlaubt wiederum eine Unterscheidung in Wandelbares, Irdisches und Zeitliches, das mit den Sinnen wahrgenommen und mit dem Verstand gedeutet wird und dem Dauerhaften, Göttlichen und Ewigen, das den Glaubenden durch die Offenbarung zuteil wird.

Warten auf die Seele

Eine weitere, damit zusammenhängende Unterscheidung ist das Verhältnis von Dauer und Wandel in der Aussenwelt und in der Innenwelt der Seele. Auf eine mögliche und offenbar heute besonders aktuelle Diskrepanz zwischen äusserem Wandel und innerem Beharren macht eine kleine Geschichte aufmerksam, die in verschiedensten Zusammenhängen immer wieder zitiert wird: Sie erzählt von einem Indianer, der zum ersten Mal mit der Eisenbahn fährt. Er legt an jeder Station, scheinbar ohne Grund, längere Aufenthalte ein. Als man ihn nach dem Motiv für dieses sonderbare Verhalten fragt, gibt er zur Antwort, er müsse jeweils auf seine Seele warten. Sein Körper könne zwar durchaus mit der Geschwindigkeit der Eisenbahn mithalten, aber

seine Seele brauche mehr Zeit, um von einem Ort zum andern zu kommen... Der technische Fortschritt hat offenbar ein Tempo der Veränderung mit sich gebracht, das – nicht nur bei unserem Indianer – Probleme schafft für das auf grössere Zeiträume angelegte anthropologische Anpassungs- und Entwicklungspotential der Seele. Leider gibt es wenig Situationen, in denen wir einfach aus dem Zug der Entwicklung aussteigen können, um uns eine schöpferische Pause zu gönnen. Was dem Individuum möglich ist, können Kollektive nicht in gleicher Weise praktizieren. Ob wir den Tatsachenwandel seelisch nur bewältigen können indem wir unsere Seele strapazieren und unser Wertesystem grundlegend verändern, ist eine offene Frage. Möglicherweise sind auch einfach neue Verhaltensweisen gesucht, um trotz gewandelten Tatsachen an bleibenden Werten festzuhalten.

Wenn die Spannung zwischen Ideal und Wirklichkeit zu gross wird, verliert das Ideal seine Kraft.

Der Problemkreis «Wertewandel» ist – vor allem im deutschen Sprachraum – ein eigentliches Modethema. Er wird wohl zu stark aus der Perspektive des Eisenbahnreisenden im fahrenden Zug und zu wenig aus der Perspektive des geduldig und beharrlich auf seine Seele wartenden Indianers betrachtet. Auch der Indianer erlebt den Wandel, von dem er betroffen ist und an dem er selber teilhat. Diesen Wandel zu übersehen, wäre naiv und gefährlich. Vieles wandelt sich, und manches wandelt sich in einer technisch zivilisierten, arbeitsteiligen Welt sehr rasch.

Die Industrialisierung wurde durch das Maschinenzeitalter und den modernen Kapitalismus ermöglicht, und die «elektronische Revolution» leitete das Computerzeitalter ein. Die weltweite Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ohne die Möglichkeit einer wirksamen Kontrolle ist in vollem Gang. Der medizinische Fortschritt hat die durchschnittliche Lebensdauer markant verlängert; moderne Verhütungsmittel ermöglichen eine bewusste Beeinflussung der Fortpflanzung.

Die Technik kann auch komplexe ökologische Makroprozesse und gentechnologische Mikroprozesse beeinflussen – was gleichzeitig neue Chancen und neue Gefahren mit sich bringt. Ein grundlegender Wandel im Bereich der Tatsachen ist offensichtlich. Aber hat sich der Mensch in seinen anthropologischen Eigenschaften und Eigenheiten, hat sich der «alte Adam» mit seinen Wertvorstellungen, seinen Mythen, seinen angestammten Verhaltensweisen, seinen Moralvorstellungen und Vorurteilen gewandelt? Brauchen wir – subito – eine neue Moral?

Das Spannungsfeld zwischen postulierten Werten und tatsächlichem Verhalten

Es ist nicht nur unvorsichtig, den rasanten Tatsachenwandel zu negieren bzw. zu verdrängen, es wäre auch blind, den hohen Anpassungsdruck zu verniedlichen, der im Bereich der Ethik und Moral dadurch augelöst wird. Ethik und Moral standen schon immer im Spannungsfeld von postulierten Werten und tatsächlichem Verhalten. Dass anspruchsvolle Werte zwar akzeptiert und angestrebt, aber im sozialen Verhalten missachtet werden, ist keine neue Erscheinung. Neu ist allenfalls eine gewisse Ehrlichkeit, mit der dies zugegeben wird und eine abnehmende Bereitschaft, sich mit hohen Anforderungen auseinanderzusetzen. Moralische Resignation ist eine weit verbreitete Grundstimmung. Wenn die Spannung zwischen Ideal und Wirklichkeit zu gross wird, verliert das Ideal seine Kraft. Aber ist es richtig, in diesem Klima der Überforderung und Verunsicherung dem Tatsachenwandel insofern Rechnung zu tragen, als man ihn durch einen Wertewandel entschärft? Die Wertordnung basiert auf Werthierarchien, die vor allem bei den weniger fundamentalen Werten von Generation zu Generation wechseln. Die Grundwerte sind aber konstanter, als dies gewisse Sozialwissenschaftler wahrhaben wollen. Trotz hohen und zunehmenden Scheidungsraten rangieren beispielsweise Werte wie «harmonische Partnerschaft» und «geordnete Familienverhältnisse» für eine überwiegende Mehrzahl an oberster Stelle. Es gibt also kaum Gründe, angesichts von Änderungen im Bereich von weniger fundamentalen «sekundären Tugenden» gleich den «Wertewandel-Notstand» auszurufen und den ganzen Fundus überlieferter und zum Teil vielleicht sogar anthropologisch verankerter Wertvorstellungen zur Disposition zu stellen. Es besteht kein Grund zur *«Umwertung aller Werte»*. Das menschliche Gewissen, das die Wertmassstäbe setzt und anwendet, muss nicht neu konstruiert werden, es bedarf lediglich der dauernden Verfeinerung und der Schärfung gegenüber den Herausforderungen des Tatsachenwandels. Es geht heute vor allem darum, dauerhafte Werte in einem rasch und grundlegend veränderten tatsächlichen Umfeld wirksam zur Geltung zu bringen.

Deutschland – Land des Wertewandels

Es ist wohl kein Zufall, dass die Auseinandersetzung über den sogenannten Wertewandel vor allem in der

deutschen Sozialwissenschaft im Zentrum steht, während angelsächsische Autoren eher die Konstanten, die schrittweise Evolution im Auge behalten. In Deutschland (Ost und West) sind in diesem Jahrhundert mehr als einmal grundlegend neue Wertsysteme verkündet und praktiziert worden und innert kurzer Zeit wieder zusammengebrochen. Die Sozialwissenschaft hat dabei ihre kritische Funktion zu wenig wirksam wahrgenommen und oft sogar eine Vorreiterrolle gespielt. Nicht, dass es keine Konservativen gegeben hätte, aber die Konservativen verteidigten allzu oft nur die Irrtümer und die Extremismen von gestern, statt die längerfristigen Konstanten einer sich über Jahrhunderte erstreckenden Entwicklung im Auge zu behalten. Debattiert wurde und wird vor allem um *Inhalte*, um die «richtige Gesinnung». Die *Formen*, die Verfahren und Prozesse, welche kontinuierlichen Wandel ermöglichen, standen und stehen dabei allzusehr im Hintergrund. Der Bedarf an immer wieder neuen Schüben der Vergangenheitsbewältigung und an «Neubeginn», «Aufbruch», «Ende» und «Wende» ist daher in Deutschland besonders hoch. Dass die mit «deutscher Gründlichkeit» durchexerzierten Radikalismen nicht nur Destruktivität freigesetzt haben, sondern auch produktive Denkanstösse vermitteln konnten, soll hier nicht verschwiegen werden.

Es geht heute vor allem darum, dauerhafte Werte in einem rasch und grundlegend veränderten tatsächlichen Umfeld wirksam zur Geltung zu bringen.

Wertekonsens und Gewissen

Ethik und Moral basieren auf einem bestimmten Wertebewusstsein, auf einem bestimmten gemeinsamen Wissen, das rational vermittelt wird. Es gibt in jeder Gesellschaft diesbezüglich einen Minimalkonsens. Der Begriff «Konsens» weist aber darauf hin, dass es um mehr geht als um gemeinsames Wissen. Ethik und Moral haben auch starke gefühlsmässig verankerte Komponenten. Das Rationale ist insgesamt wohl fassbarer und besser zu übermitteln. Intellektuelle Veränderungen bzw. Anpassungen sind daher leichter im «Eisenbahnzug der Entwicklung» mitzuführen als der Bereich des Unbewussten und als die Seele, die für grundlegende Veränderungen und für alle Arten der geplanten Beeinflussung weniger zugänglich ist. Das Seelische, ja das Emotionale im weiteren Sinn ist zwar individuell durchaus auch raschem Wandel unterworfen, es ist aber in seiner gemeinsamen Grundstruktur wohl konstanter als das Bewusstsein. Es ist übrigens merkwürdig, dass wir für das gemeinsam bewusst Vereinbarte den sinnlichen und eher emotionalen Begriff «Konsens» (Zusammenfühlen) verwenden, während wir das eher in der Gefühlssphäre angesiedelte «Gespür für das Richtige» «Gewissen» (conscience) nennen. Liegt hier ein neuer Hinweis dafür vor, dass bei Grundbegriffen stets auch der Gegensinn eine Rolle spielt (wie *Sigmund Freud* in seiner kurzen Abhandlung über den «Gegensinn der Urworte» bemerkt hat) oder ist – einmal mehr – der «dunkle» spontane Sprachgebrauch aussagekräftiger als die klare Begriffslogik?

Vielleicht brauchen wir wirklich einen neuen Konsens über Werte, aber müssen und können wir auch das menschliche Gewissen «wandeln», anpassen oder gar neu konstituieren? Einen neuen tragfähigen Wertekonsens suchen, heisst nicht unbedingt, einen Wertewandel vollziehen. Der heikle Bereich des durchaus unterschiedlich entwickelten und aufgrund neuer Herausforderungen allgemein eher unterentwickelten menschlichen Gewissens steht in verschiedenster Beziehung unter Druck. Wer angesichts des Wandels der Tatsachen auch einen moralischen Wandel fordert, muss sich die Frage wohl überlegen, ob er einen Abbruch und Neubau riskieren will, oder ob nicht eine möglichst «sanfte Renovation» in Anknüpfung an jüdisch-christlich-abendländische Wertvorstellungen, wie sie etwa in den «Zehn Geboten» oder in den «christlichen Tugenden» formuliert sind, der bessere Weg ist.

Institutionelle Erfahrungen im Umgang mit Wandel

Eine fast 2000jährige, durchaus nicht ungetrübte Erfahrung im Umgang mit Wertewandel, Wertekonstanz und Tatsachenwandel hat die römisch-katholische Kirche. Sie ist neben der britischen Monarchie, die einen *Heinrich VIII.* und einen *Cromwell* «überstanden» hat und wohl auch einen *Prinz Charles* samt seinen Affären verkraften wird, und neben einer 703jährigen Eidgenossenschaft, die Marignano, die Französische Revolution, den Sonderbundskrieg, das Jubiläumsjahr und die EWR-Abstimmung überlebte, eine relativ langlebige Institution. Ihr Umgang mit dem Wandel von Tatsachen und Werten, von Urteilen und Vorurteilen kann daher nicht ohne Belang sein. Im Vorwort zu «Katechismus der Katholischen Kirche»[1] hält *Johannes Paul II.* fest, dass der Wunsch nach einem Kompendium der ganzen katholischen Glaubens- und

Sittenlehre, angesichts der zunehmenden Unsicherheit stark und einmütig war. Die Nachfrage nach Konstanten in einer Welt des Wandels ist nicht nur bei Bischöfen rege. Das Resultat, 2865 Abschnitte auf über 700 Seiten, wurde an hohen, wohl zum Teil uneinlösbaren Erwartungen gemessen und dementsprechend, intern und in den Medien, kritisiert. Wer den Text als Nicht-Katholik mit etwas Verständnis für historische Zusammenhänge und religiöse Traditionen und Terminologien liest, kommt – abgesehen von einigen ärgerlichen Details – insgesamt zu einem durchaus positiven Urteil. In einem von den Sozialwissenschaften mitgeprägten Umfeld, welches die Formel «anything goes» ins Zentrum stellt, fällt das Bemühen, zwischen erwünschtem und unerwünschtem Verhalten nach eindeutig definierten Massstäben zu unterscheiden positiv auf, selbst wenn man zum Teil eine abweichende Meinung vertritt.

Einen neuen tragfähigen Wertekonsens suchen, heisst nicht unbedingt einen Wertewandel vollziehen.

Durch dauernde Erneuerung zu grösserer Treue

Viel zu wenig gewürdigt wurde wohl allgemein die Bereitschaft, fragwürdige Dogmen fallenzulassen und sich dem Prozess der dauernden Erneuerung zu stellen, ohne einfach dem zur Zeit Populären jede Reverenz zu erweisen. Im Kapitel über «Die heilige Katholische Kirche» (748–870) wird zum Thema «Einheit» das Dekret über den Ökumenismus *«Unitatis integratio»* vom 21. November 1964 zitiert. Um den *«Ruf des Heiligen Geistes»* nach Einheit zu entsprechen, bedarf es *«einer dauernden Erneuerung der Kirche in einer grösseren Treue zu ihrer Berufung»*. Während das Prinzip der dauernden Erneuerung heute in allen Institutionen – wenigstens verbal – allgegenwärtig ist, verdient der Hinweis auf die *«grössere Treue zur* (eigenen) *Berufung»* Beachtung. Eine ernste und sorgfältige Auseinandersetzung mit der Frage nach der jeweiligen Berufung und der diesbezüglichen Treue würde manche Diskussion um den Wertewandel vertiefen und erweitern. Weitere Bausteine auf dem Weg zur Einheit sind *«Bekehrung des Herzens»*, *«gemeinsames Gebet»*, *«gegenseitige brüderliche Kenntnis»* (solche Empfehlungen wären allenfalls nach Bedarf in eine psychologisch oder betriebswirtschaftlich angepasste Terminologie zu übersetzen). Tel quel in jedes Reformkonzept übertragbar sind die Empfehlungen nach vertiefter *«ökumenischer Bildung»*, nach *«Gespräch»*, *«Begegnung»* und *«Zusammenarbeit»*. Natürlich kann man solche Textstellen mehr oder weniger wohlwollend lesen und interpretieren, aber auch der kritische Leser muss den weiten Weg der *«dauernden Erneuerung»* anerkennen, der zwischen den Ketzerverbrennungen und diesen Formulierungen zurückgelegt worden ist.

Während das Tempo des Tatsachenwandels im technisch-wirtschaftlichen Bereich offensichtlich ist, muss bezweifelt werden, dass es im Bereich grundlegender Werte, wie sie etwa in den «Zehn Geboten» zum Ausdruck kommen, einen vergleichbaren Wandel gibt. Was der katholische Katechismus etwa zu den «Sieben Tugenden» festhält, ist der in der Grundsubstanz (abgesehen von einigen autoritären Atavismen) kaum angefochtene Bestandteil des ethischen Minimalkonsenses, der zwar nicht katholisch im Sinn von «allgemeinverbindlich» ist, aber im Sinn von «allgemeinverbindend».

Werte lassen sich nicht direkt aus Tatsachen ableiten. Dies ist auch der Grund, warum Phänomene des Wertewandels losgelöst von Phänomenen des Tatsachenwandels analysiert werden müssen. Werte sind das Resultat einer freien Antwort auf eine «Berufung» die von aussen oder innen an uns ergeht und nicht von Tatsachen diktiert wird. Diese Berufung stellt uns vor die Aufgabe der dauernden Erneuerung im Hinblick auf grössere Treue. ✦

ROBERT NEF

[1] Ecclesia Catholica, Katechismus der Katholischen Kirche, München, Wien usw., 1993.

SPLITTER

Wenn wir das Wesen dieses Fortschrittes analysieren würden, dann könnten wir erkennen, dass er darauf beruht, dass jeweils der folgende Denker die vorliegenden Theorien prüft, kritisiert und in der Weise modifiziert, dass alle bisher erhobenen Einwände ausgeschlossen werden. Und weil nur so, nur durch die Berücksichtigung aller schon vorgefundenen Lehren und der gegen sie vorliegenden Argumente, ein Denker das Problem weiter fördern kann, verlieren die alten Theorien niemals ihre Bedeutung. Sie werden zwar überholt, aber deswegen bleiben sie doch, was sie gewesen sind: die historische und logische Voraussetzung aller folgenden Theorien, die nur neue Modifikationen darstellen. Und so kommt es auch nicht in Frage, eine Lehre, die heute überholt ist, als «falsch» oder «unbrauchbar» hinzustellen. Sie ist im Fortgang der Arbeit an dem Problem ebenso bedeutend wie jede ihrer neueren Variationen.

HANS NEF, *Recht und Moral, St. Gallen 1937, S. 127*